

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingörschütz, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Pörschdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Rohrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 169

Bad Schandau, Freitag, den 22. Juli 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Wie aus Kronstadt gemeldet wird, sind dort drei Funktionäre der Tscheka von unbekanntem Täter ermordet worden. — Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Sowjetgericht in Charkow fünf Personen, darunter auch eine Frau, wegen angeblicher antisowjetischer Tätigkeit zum Tode verurteilt.

\* Nach Meldungen aus Sibirien ist dort nach lang anhaltender Hitze ein ungewöhnlicher Witterungsumschlag eingetreten. Die Temperatur ist auf ein Grad unter Null gesunken. Es ist auch Schnee gefallen.

\* Als Anerkennung für die tatkräftige Förderung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Baden und insbesondere seiner Elektrizitätswirtschaft haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe dem Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler die Würde eines Dr. ing. h. c. verliehen.

## Frankreichs Kindernot.

Wir Deutschen haben immer mit einem leicht spöttischen Lächeln auf die französischen Bemühungen herabgesehen, die schwindende Volkskraft dieses Landes durch allerlei Mittel und Mittelchen zu stärken. Es war ja auch bedenklich, daß sich dort seit 1870 die Bevölkerung nicht oder nur ganz unmerklich vermehrte, während Deutschlands Volkszahl wuchs und immer weiter wuchs, 1914 schon fast doppelt soviel zählte als Frankreich. Wir lächelten über das Mittel der Prämierung zahlreicher Kindernachwuchs, ohne leider zu ahnen, daß auch wir einmal in die gleiche Verlegenheit kommen könnten.

Der Krieg hat ja furchtbar aufgeräumt unter Frankreichs Jugend; verhältnismäßig wohl noch mehr als Deutschland hat dieses Land gelitten, das immer wieder Sektatomben seiner Söhne geopfert hat, so daß einem seiner Armeeführer der Beinamen „Blutkäufer“ gegeben wurde. Gewiß ist durch die Eroberung Elsaß-Lothringens dieser Verlust zahlenmäßig ausgeglichen worden, aber nicht trat in Frankreich ein, was auch nach früheren Kriegen und in allen anderen Ländern vor sich ging: ein hinausschwellen der jährlichen Geburtenziffer, sozusagen eine verstärkte Reaktion der Volkskraft gegen die vorhergehenden schweren Verluste. Stärker noch als früher macht sich die französische Sinnesart geltend, recht schnell und in ausreichendem Maße soviel Geld zu verdienen, um recht früh ein bequemes Rentnerdasein zu führen. Und alle diese Kinder „söhren“ dabei, verzögern den Übergang in dieses Rentnerdasein. Das französische Zweifelhafte: entspringt privategoistischem Grübeln, keineswegs wirtschaftlicher Not.

Zu den bisher ungenutzten teils finanziellen, teils sonstigen Mitteln, in Frankreich den Nachwuchs zu begünstigen, hat man jetzt neue in Vorschlag gebracht. Man braucht ja Soldaten nicht den riesenhaften „Verteidigungsplan vom Meer bis Velfort, den man schaffen will. In allzu starkem Kontrast zu den gewaltigen militärischen Anstrengungen, die Frankreich macht, um seine Hegemonie in Europa auszuhalten, steht die schwindende Volkskraft. Und — die Kolonialsoldaten sollen doch schließlich nicht alles allein leisten! Da hat man, um Ehehindernisse zu beseitigen, mehrere Gesetzesbestimmungen abgeändert, wonach die Ehe schließen Kinder jünger als die elterliche Zustimmung genügt war. Und die „Nationale Vereinigung für die französische Volksvermehrung“ propagiert eifrig die Schaffung eines — Kinderbonus — in mehr oder weniger. Allerdings soll dies derartig ausgeübt werden, daß die Stimmen der Kinder denen der Eltern zuzurechnen sind und von diesen abgegeben werden sollen. Denn, so argumentiert man, der neue Mobilisierungsplan für den Kriegsfall erfasse ja auch die Kinder bis weit unter dem stimmungsfähigen Alter und Kriegsdienst ziehe Stimmrecht nach sich, ein Satz, der ja auch in Deutschland während des Weltkrieges vielfach aufgestellt wurde.

Es mag uns gleichgültig sein, wie sich die Durchführung eines solchen Vorschlages politisch auswirken würde — hier interessiert nur, daß er doch zu allererst aus Gründen der Volksvermehrung gemacht wurde. Und und für sich ist ja der Gedanke eines Familienstimmrechts theoretisch gar nicht so töricht und ist bei den Beratungen über ein Pluralwahlrecht auch in Deutschland vorgebracht worden von jenen Kreisen, die in der Familie die Zelle des Staates erblicken. Aber ob sich die französische Elternschaft nun dadurch bewegen fühlen soll, für ein Ansteigen der Geburtenziffer zu sorgen, nur aus dem Grunde, um dann ein mehrfaches Stimmrecht zu erhalten, darf man doch wohl etwas bezweifeln. Sehr viel realere Bewegungen und Unternehmungen sind ergebnislos verpufft. Nicht äußere Mittel, sondern nur eine innere Umkehrung können hier etwas erreichen.

## Ruhe in Wien.

Ein Aufruf der österreichischen Bauernschaft.

Die Stimmung in Wien beruhigt sich weiter. Die Wiener Polizeidirektion hat dem Stadtkommando zur Kenntnis gebracht, daß die Situation die weitere Befestigung von militärischer Unterstützung entbehren kann. Der Polizeipräsident hat einen Tagesbefehl erlassen, worin er der Polizeibeamten gedenkt, die bei den Ereignissen vom 15. und 16. Juli den Tod gefunden haben oder verletzt worden sind. Die Bundesregierung habe ihm aus diesem Anlaß ihr Bedauern über die Opfer zum Ausdruck gebracht und der Wiener Polizei Dank und Anerkennung für ihr maßvolles und opferwilliges Verhalten ausgesprochen. Ungeachtet aller gegen die Sicherheitswache meist aus Verneinung des wahren Sachverhalts erhobenen Angriffe spreche er allen in diesen Tagen im Dienst gewesenen Polizeibeamten für ihre bewiesene Treue den Dank aus. In dem Tagesbefehl heißt es, daß vier Polizeibeamte den Tod fanden, 58 schwer, darunter einige lebensgefährlich, 202 noch unbestimmbar Grad und 163 leicht verletzt wurden.

Der Vorstand des Reichsbauernbundes Österreichs war in Wien zur Beratung über die letzten Ereignisse versammelt. Er nahm eine Entschließung an, in welcher es u. a. heißt: Die letzten Schredenstage haben deutlich bewiesen, daß die Frage Wien keine Wiener oder österreichische Frage allein, sondern ein internationales Problem geworden ist. Der Reichsbauernbund weiß sich mit dem überwiegenden, besonnenen Teil der österreichischen Bauernschaft ein, daß nur Ruhe und Frieden ein Gedeihen der Wirtschaft ermöglichen und Österreich aufrichten kann. Er ruft alle Bauern Österreichs auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Sollten sich durch weitere Exzesse neuerdings Gefahren zeigen, dann mag die Regierung sicher sein, daß die österreichische Bauernschaft sich bereit hält, zusammen mit den Sicherheitsorganen die friedliche Arbeit, Hand und Gut der Bürger und unsere Heimat mit allen Mitteln zu schützen. Die Vertrauensmänner der Tiroler Bauernschaft hatten in einer Versammlung anlässlich der Ereignisse in Wien auch die Verlegung der Bundesregierung in eine andere Stadt gefordert, um die Unabhängigkeit der Regierung zu sichern.

Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, wird gegen den hier verhafteten kommunistischen preussischen Landtagsabgeordneten Bied ein strafrechtliches Untersuchungsverfahren eingeleitet werden, da er verdächtig ist, an der Agitation zur Veranlassung neuer Unruhen teilgenommen zu haben.

Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ in Innsbruck meldet, daß auf den sozialdemokratischen Tiroler Landtagsabgeordneten Brunner in Buch bei Schwaben mehrere Gewehrschüsse abgegeben seien. Die Täter seien bereits verhaftet worden.

## Die Beisehung der gefallenen Polizeibeamten in Wien.

Wien, 21. Juli. Heute nachmittag fand auf dem Zentralfriedhof die Beisehung der bei den Unruhen gefallenen Sicherheitswachbeamten statt. An der Trauerfeier nahmen u. a. Bundespräsident Dr. Seipel, sämtliche Minister, Polizeipräsident Schöber, die Funktionäre der Polizeidirektion und die gesamte Generalität teil. Mit Rücksicht darauf, daß bei der Bestattung der Arbeiter keine Vertreter des diplomatischen Korps anwesend waren, hatten die ausländischen Missionen auch heute weder Abordnungen noch Kränze geschickt. In der Friedhofstapelle und vor derselben hatte sich eine große Menge von Abordnungen eingefunden. Vor der Kapelle waren ein Bataillon des Bundesheeres, sowie zahlreiche dienstfreie Polizeiabteilungen aufgestellt. Die Einsegnung nahm der Dompfropst vor. Nach der Einsegnung bewegte sich der Trauerzug, an dessen Spitze die Hinterbliebenen schritten, zur Begräbnisstätte wo der Dompfropst in einer kurzen Ansprache Abschied von den Opfern ihrer Pflicht nahm. Die Feier verlief ruhig.

## Gesandter Dr. Grünberger über die politische und wirtschaftliche Lage Österreichs.

Paris, 21. Juli. Der österreichische Gesandte in Paris Dr. Grünberger sprach heute auf einem vom amerikanischen Klub veranstalteten Frühstück über die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage Österreichs. Er kam dabei auch auf die letzten Wiener Ereignisse zu sprechen und stellte fest, daß die am 15. Juli stattgefundenen Kundgebungen von den Sozialdemokraten veranstaltet worden sei, deren frühere Kundgebungen stets friedlich verlaufen wären. Auch die letzte Veranstaltung wäre zweifellos ohne Zwischenfälle vorübergegangen, wenn nicht die Arbeitslosen, deren Zahl in Wien außerordentlich groß sei, die Gelegenheit ergriffen hätten, um einen Aufstand zu versuchen. Österreich sei aber für eine Revolution nicht der geeignete Boden. Das Land sei ruhig geblieben, als rund herum, in Ungarn und Bayern, Revolutionen im Gange waren, und dies trotz

aller Entbehrungen seiner Bevölkerung. Bei den letzten Ausschreitungen habe das Privateigentum keinerlei Schaden erlitten, Ausländer seien nicht belästigt worden. Nachdem der Gesandte es als symptomatisch bezeichnete, daß die Unruhen auf Wien beschränkt blieben, betonte er weiter, daß die Bewertung der österreichischen Devisen im Verhältnis zum Dollar keinerlei Veränderung erlitten habe. Dr. Grünberger schloß mit dem Hinweis darauf, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs noch immer äußerst schwierig seien; das dürfe man nicht vergessen, wenn jetzt auch dank der Energie Dr. Seipels und der Klugheit des österreichischen Volkes das Leben in Wien wieder seinen normalen Lauf nehme.

## Verlegung des Sitzes der österreichischen Regierung gefordert.

Innsbruck, 21. Juli. Landeshauptmann Dr. Stumpf veröffentlicht im Namen der Landesregierung ein Dankschreiben an die Heimatwehr, die sich in den schweren Tagen als ein Instrument der Ordnung erwiesen habe. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Land im Hinblick auf die Bereitschaft der Heimatwehr mit Zuversicht in die Zukunft blicken könne. Der Tiroler Bauernbund hat in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird, daß die Bundesregierung in Wien nicht dem Terror der Straße nachgibt und kein Kompromiß eingegangen. Um die Unabhängigkeit der Regierung zu sichern, müsse die Verlegung der Regierung in eine andere Stadt ins Auge gefaßt werden. Auch der Tiroler Handels- und Gewerbeverband hat in seiner Sitzung eine Entschließung angenommen, in der er die rücksichtslose Bestrafung aller Schuldigen und die Entferrnung der Mädelstörer bei dem letzten Verkehrsstreik aus den öffentlichen Betrieben verlangt wird.

## Der diplomatische Vertreter Rußlands in Wien abberufen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist im Zusammenhang mit dem Fiasko der Wiener Revolution der diplomatische Vertreter Sowjetrußlands in Wien, Berstine, abberufen worden. Es wird ihm von der russischen Regierung vorgeworfen, daß er durch seine ungeschickte Taktik zu dem Zusammenbruch der Revolution beigetragen habe, wodurch die russische Regierung vor ganz Europa kompromittiert worden sei.

## Neue Kommunistenverhaftung in Wien.

Wien, 21. Juli. Wie heute nachmittag im Parlament bekannt wurde, ist der Kommunistenführer Kopenik, der gestern bei der Beisehung auf dem Zentralfriedhof eine politische Rede hielt, verhaftet worden.

Wie eine Korrespondenz erfährt, ist heute vormittag in der Zentrale der kommunistischen Partei in Wien eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Während der Hausdurchsuchung durfte niemand das Sekretariat verlassen.

## Die Reichsregierung zum Aufruf Hörsing's

Berlin, 22. Juli. Der Vorkämpfer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Oberpräsident Hörsing, hat in diesen Tagen einen Aufruf veröffentlicht, der sich mit den letzten Ereignissen in Wien befaßt. Der Aufruf enthält scharfe und beleidigende Angriffe gegen österreichische Behörden und gegen die österreichische Regierung selbst. Die Reichsregierung sieht sich veranlaßt, ihrem lebhaften Bedauern über diesen Aufruf Ausdruck zu geben, der geeignet ist, die herrlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu trüben.

## Die Genfer Seeabräufungskonferenz.

Abbruch oder nicht?

In England betont man, daß ein Abbruch der Verhandlungen der Genfer Seeabräufungskonferenz gar nicht in Frage komme. Im Gegenteil hätten die gegenseitigen Zugeständnisse zu einer Art Ausgleichsentwurf geführt, der gegenwärtig von den Vereinigten Staaten geprüft werde. Der Grund der Zurückberufung der britischen Vertreter sei, daß Baldwin die Einzelheiten dieses Kompromisses vor seiner Abreise nach Kanada zu erfahren wünsche.

In amerikanischen Blättern aber ist man nicht ganz so hoffnungsvoll gestimmt. Die Lage in Genf, deren Schwierigkeit durch die Abreise der britischen Delegation gekennzeichnet ist, veranlaßt in Washington täglich lange Besprechungen, die dem Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der einzelnen Ressorts dienen. Während das Staatsdepartement eine Einigung mit England erstrebt, besteht das Marineamt auf der Freiheit in der Frage des Kreuzertyps und der Kanonenkaliber innerhalb der Gesamttonnage. Eine bestimmte Erklärung wird erst nach der Rückkehr der britischen Delegation erwartet. Einige Blätter raten, lieber abzubrechen als England nachzugeben, während andere für eine Verständigung eintreten. Schließlich muß noch bemerkt werden, daß man auch in Tokio nicht restlos zufrieden ist. Man stimmt zwar im allgemeinen dem vorläufigen englisch-japanischen Kompromiß zu, erachtet aber die vorgeschlagene Gesamtkiffer noch immer als zu hoch.